

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Parteien in Deutschland - wofür stehen sie? - Programm,
Entwicklung, Standpunkte*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



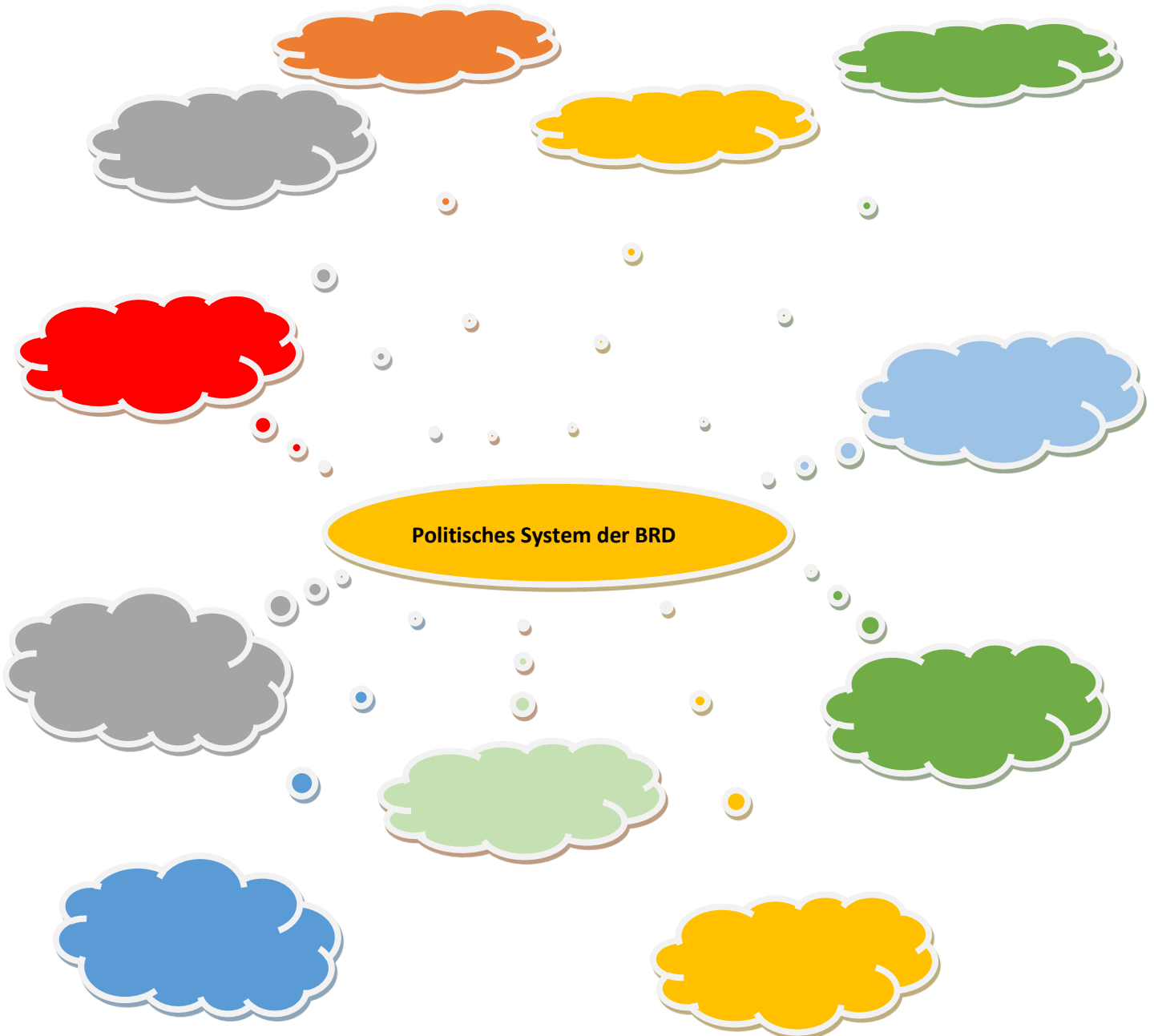


Titel:	Parteien in Deutschland: Bündnis 90/Die Grünen - Arbeitsblätter
Reihe:	Arbeitsblätter zum politischen System der BRD
Bestellnummer:	36657
Kurzvorstellung:	<p>Diese Arbeitsblätter behandeln Entwicklungsgeschichte, Programm und Statements zu Bündnis 90/Die Grünen. Sie sind direkt einsatzfertig und fordern die Lernenden auf, sich in Gruppenarbeit aktiv mit den Inhalten der Partei auseinanderzusetzen.</p> <p>Behandeln Sie bald wieder das deutsche Parteiensystem im Unterricht? Dann helfen Ihnen unsere Portfolios, Ihren Schülerinnen und Schülern die zentrale Bedeutung der Parteien zu vermitteln: Sie liefern aufbereitet alle wichtigen Informationen zu Gründungsgeschichte, Ausrichtung, Mitgliederzahlen und Umfragewerten für die wichtigsten politischen Parteien im Deutschen Bundestag.</p>
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Das politische System der BRD• Die Rolle der Parteien in Deutschland• Rollenspiel zur Parteigründung• Die Grünen im Detail – Geschichte, Inhalte, Standpunkte• Parteiprogramm – Wie gut kennen Sie sich aus?• Wichtige Informationsquellen

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff „Politisches System“ stammt aus der Politikwissenschaft und beschreibt die politischen Handlungen und Prozesse in einem Nationalstaat. Das politische System eines Staates umfasst alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, Regeln und Einrichtungen, die am politischen Geschehen in einem Staat beteiligt sind. Hierzu gehören etwa die in der Verfassung festgeschriebenen Grundlagen der Politik und die verschiedenen Organe der Regierung. Auch die politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie die Art und Weise, wie Interessen vorgebracht und durchgesetzt und die Inhalte der Politik gehören dazu.

1. Tragen Sie in das Schaubild alles ein, was Ihrer Meinung nach zum politischen System der BRD gehört.



Wir gründen eine Partei – Ein Rollenspiel

Einigen Sie sich zunächst auf zwei Themen, zu denen jeweils eine Partei gegründet werden soll.

Bilden Sie zwei Gruppen (Wähler und Parteimitglieder). Die Parteimitglieder gründen nun zwei Parteien und die Wähler bestimmen drei Pressevertreter. Finden Sie sich anschließend in den jeweiligen Gruppen zusammen. Ihre Aufgaben entnehmen Sie den Moderationskarten.

Parteimitglieder

1. Formulieren Sie jeweils ein Hauptziel und zwei Nebenziele.
2. Geben Sie Ihrer Partei einen Namen.
3. Wählen Sie einen Spitzenkandidaten.
4. Formulieren Sie ein Parteiprogramm und entwerfen Sie Werbemittel (Flyer, Wahlwerbespot, Wahlplakate etc.)

Wähler

1. Formulieren Sie eigene Wünsche und Forderungen an die Parteien.
2. Überlegen Sie sich, wie Sie Ihre Wünsche artikulieren können.
(Demonstration, Einladung zu einer Gesprächsrunde etc.)

Pressevertreter

1. Beobachten Sie die verschiedenen Gruppen
2. Überbringen Sie Neuigkeiten und Forderungen, verlesen Sie Pressemitteilungen, laden Sie zum Pressegespräch etc.

Nun geht der Wahlkampf in die heiße Phase und die Parteimitglieder treffen bei ihren Wahlständen auf die Wähler, wo sie Rede und Antwort stehen müssen.

Am Wahlsonntag treffen dann die Wähler ihre Entscheidung. Nachdem die Stimmen ausgezählt sind und der Wahlsieger feststeht, berichten die Wähler im Plenum, welche Argumente ihre Wahl beeinflusst haben.

M 2 DIE URSPRÜNGE DER GRÜNEN

Genau genommen beginnt die Geschichte der Grünen bereits in den 60er-Jahren. Einer Zeit also, als Wohlstand und Wirtschaftswachstum einerseits und die nationalsozialistische Vergangenheit andererseits die Politik und das Leben in Deutschland bestimmt haben.

Als 1966 die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD nimmt, sehen viele Menschen den Weg Deutschlands hin zu einer echten Demokratie in Gefahr. Bestätigt sehen sie ihre Befürchtungen in den geplanten Notstandsgesetzen.

Die Notstandsgesetze bewirken im Verteidigungsfall, bei inneren Unruhen und Naturkatastrophen erhebliche Einschränkungen der Grundrechte. Hierzu gehört die Übertragung der Funktionen von Bundestag und Bundesrat auf den Gemeinsamen Ausschuss, die Stärkung der Stellung der Bundesregierung und die Möglichkeit, die Bundeswehr auch bei inneren Unruhen einzusetzen.

Insbesondere junge Menschen lehnen sich gegen die Politik auf und an den Universitäten entsteht die Außerparlamentarische Opposition. Obwohl es an den Universitäten und in deren Umfeld heftige Proteste gibt, gelingt es der Protestbewegung nicht, in der Bevölkerung Fuß zu fassen und die Notstandsgesetze Ende Mai 1968 im Bundestag verabschiedet werden zerfällt die Studentenbewegung und ihre zentralen Institutionen lösen sich auf. Was bleibt, ist jedoch eine generelle Unzufriedenheit mit der Politik und den etablierten Parteien.

Zu Beginn der 70er-Jahre entstehen überall in Deutschland Bürgerinitiativen rund um die Themen Frauenrechte, Frieden und Umwelt. Anders als in den 60er-Jahren wird der Protest diesmal nicht ausschließlich von Student:innen getragen. Geplante Atomkraftwerke, die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen und die zunehmende Verschmutzung der Umwelt bewegen breite Bevölkerungsschichten und Tausende gehen aus Protest auf die Straße. Als der Bundestag 1979 der Stationierung der Mittelstreckenraketen zustimmt, wird aus der Friedensbewegung eine Massenbewegung. Doch der massive und fantasievolle Protest kann weder die Atomkraftwerke noch den NATO-Doppelbeschluss verhindern und in vielen Initiativen entsteht der Gedanke, das politische System von innen heraus zu reformieren. Es entstehen die verschiedensten Wahlbündnisse und 1979 gründet sich zur Europawahl die Sonstige Politische Vereinigung/ Die Grünen. Die Vereinigung scheitert zwar an der 5 % Hürde, doch aus ihr geht im Januar die Bundespartei Die Grünen hervor. In ihrem ersten Bundesprogramm nennen sie sich selbst ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Geeint hat sie in erster Linie der Protest und der Wunsch, Sand im Getriebe des Parteiensystems zu sein. Sie lehnten nicht nur hohe Abgeordnetengehälter, sondern auch die bis dahin klassischen Parteistrukturen ab. (vgl.: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/gruene/42151/geschichte>)

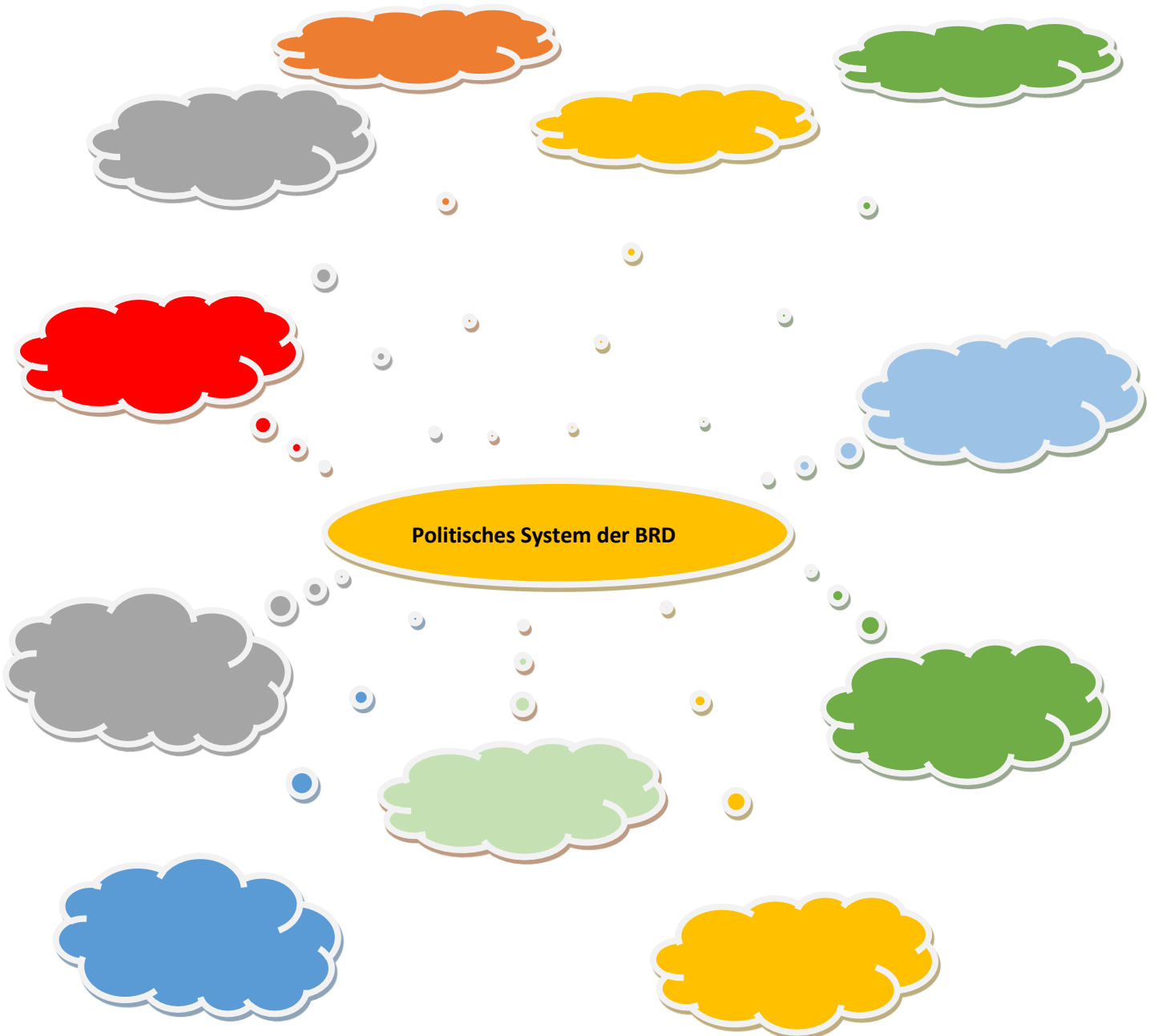


Titel:	Parteien in Deutschland: SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) - Arbeitsblätter
Reihe:	Arbeitsblätter zum politischen System der BRD
Bestellnummer:	36582
Kurzvorstellung:	<p>Diese Arbeitsblätter behandeln Entwicklungsgeschichte, Programm und Statements zur SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Sie sind direkt einsatzfertig und fordern die Lernenden auf, sich in Gruppenarbeit aktiv mit den Inhalten der Partei auseinander zu setzen.</p> <p>Behandeln Sie bald wieder das deutsche Parteiensystem im Unterricht? Dann helfen Ihnen unsere Portfolios, Ihren Schülerinnen und Schülern die zentrale Bedeutung der Parteien zu vermitteln: Sie liefern aufbereitet alle wichtigen Informationen zu Gründungsgeschichte, Ausrichtung, Mitgliederzahlen und Umfragewerten für die wichtigsten politischen Parteien im Deutschen Bundestag.</p>
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Das politische System der BRD• Die Rolle der Parteien in Deutschland• Rollenspiel zur Parteigründung• Schwerpunkt SPD• Ursprünge der SPD – Der Sozialismus• Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein• Die Geschichte der SPD• Wählerschaft, Wahlerfolge und Programmatik• Die SPD im freien Fall• Das Desaster von 2017• Das aktuelle Wahlprogramm der SPD

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff „Politisches System“ stammt aus der Politikwissenschaft und beschreibt die politischen Handlungen und Prozesse in einem Nationalstaat. Das politische System eines Staates umfasst alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, Regeln und Einrichtungen, die am politischen Geschehen in einem Staat beteiligt sind. Hierzu gehören etwa die in der Verfassung festgeschriebenen Grundlagen der Politik und die verschiedenen Organe der Regierung. Auch die politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie die Art und Weise, wie Interessen vorgebracht und durchgesetzt und die Inhalte der Politik gehören dazu.

1. Tragen Sie in das Schaubild alles ein, was Ihrer Meinung nach zum politischen System der BRD gehört.



Wir gründen eine Partei – Ein Rollenspiel

Einigen Sie sich zunächst auf zwei Themen, zu denen jeweils eine Partei gegründet werden soll.

Bilden Sie zwei Gruppen (Wähler und Parteimitglieder). Die Parteimitglieder gründen nun zwei Parteien und die Wähler bestimmen drei Pressevertreter. Finden Sie sich anschließend in den jeweiligen Gruppen zusammen. Ihre Aufgaben entnehmen Sie den Moderationskarten.

Parteimitglieder

1. Formulieren Sie jeweils ein Hauptziel und zwei Nebenziele.
2. Geben Sie Ihrer Partei einen Namen.
3. Wählen Sie einen Spitzenkandidaten.
4. Formulieren Sie ein Parteiprogramm und entwerfen Sie Werbemittel (Flyer, Wahlwerbespot, Wahlplakate etc.)

Wähler

1. Formulieren Sie eigene Wünsche und Forderungen an die Parteien.
2. Überlegen Sie sich, wie Sie Ihre Wünsche artikulieren können.
(Demonstration, Einladung zu einer Gesprächsrunde etc.)

Pressevertreter

1. Beobachten Sie die verschiedenen Gruppen
2. Überbringen Sie Neuigkeiten und Forderungen, verlesen Sie Pressemitteilungen, laden Sie zum Pressegespräch etc.

Nun geht der Wahlkampf in die heiße Phase und die Parteimitglieder treffen bei ihren Wahlständen auf die Wähler, wo sie Rede und Antwort stehen müssen.

Am Wahlsonntag treffen dann die Wähler ihre Entscheidung. Nachdem die Stimmen ausgezählt sind und der Wahlsieger feststeht, berichten die Wähler im Plenum, welche Argumente ihre Wahl beeinflusst haben.

M 2 URSPRÜNGE DER SPD – DER SOZIALISMUS

Der Sozialismus gehört neben dem Liberalismus und dem Konservatismus zu den großen politischen Ideen des 19. Jahrhunderts. Dabei ist der Begriff Sozialismus eine Sammelbezeichnung für verschiedene politische Strömungen, die von den sogenannten Frühsozialisten über Marxisten und Leninisten bis hin zum demokratischen Sozialismus und der Sozialdemokratie reichen.

Die Begriffe Sozialismus und Kommunismus werden im alltäglichen Sprachgebrauch oft synonym verwendet. Im eigentlichen Sinne gilt der Sozialismus aber als Vorstufe zum kommunistischen Endziel: der "idealen Gesellschaft". Ziel des Sozialismus ist es, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen in der Freiheit und Gleichheit herrschen. Eine zentrale Rolle nimmt dabei die Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein. Aus sozialistischer Sicht ist diese für die soziale und wirtschaftliche Abhängigkeit verantwortlich und verhindert die persönliche und gesellschaftliche Entfaltung des Einzelnen.

Erste sozialistische Ideen entwickelten sich bereits im 18. Jahrhundert, in der Zeit der Aufklärung. Im Großen und Ganzen übernimmt der Sozialismus die Forderungen der Französischen Revolution nach Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit. Anders als der Liberalismus, der die Freiheit des Einzelnen in den Vordergrund stellt, betont der Sozialismus die Forderung nach Gleichheit und Brüderlichkeit. Einen enormen Aufschwung erhalten die sozialistischen Ideen zur Zeit der Industrialisierung. In dieser Zeit wird der Sozialismus zu einer Bewegung gegen die soziale Verelendung und die Ausbeutung der Arbeiterschaft. Karl Marx und Friedrich Engels werden zu den zentralen Theoretikern des Sozialismus. Ihnen zufolge stehen sich die Kapitalisten, also die Eigentümer von Produktionsmitteln und die Arbeiter als Gegner gegenüber.

Die Arbeiter sind gezwungen ihre Arbeit an die Kapitalisten zu verkaufen, die wiederum davon profitieren, weil sie den Arbeitern immer nur einen Teil des erwirtschafteten Geldes auszahlen und den Rest für sich behalten. Die unterschiedlichen Interessen der beiden Klassen befinden sich in einem stetigen Streit, also im Klassenkampf.

Die Zuspitzung dieses Streits macht es nach Marx und Engels erforderlich, dass die Arbeiterschaft die Macht übernehme, um sich selbst zu befreien. Das Ziel ist die Abschaffung des Kapitalismus und die Beseitigung der Ausbeutung. Da eine klassenlose Gesellschaft nicht von heute auf morgen errichtet werden kann, stellt der Sozialismus eine Übergangsform zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft dar. In dieser politischen Übergangsphase herrscht die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Ihre Aufgabe ist die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gibt es innerhalb der sozialistischen Bewegung eine heftige Kontroverse zwischen Marxismus und Reformismus, aus der zwei Hauptrichtungen hervorgehen. Zum einen der Reformsozialismus, der von weiten Teilen der Gewerkschaftsbewegung getragen wird und eine schrittweise Veränderung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse anstrebt. Und der revolutionäre Sozialismus, der auf einen gewaltsamen Umsturz und einen radikalen Neuanfang in Wirtschaft und Gesellschaft setzt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzen sich zwei Varianten des Sozialismus durch. Der freiheitliche, demokratische Sozialismus wie man ihn bei den Sozialdemokraten findet, der vor allem mit der Entwicklung des demokratischen Wohlfahrtsstaates breite Bevölkerungsschichten anspricht. Und der marxistisch-leninistische Staatssozialismus in dem die Produktionsmittel verstaatlicht sind, und die Wirtschaft einer zentralen staatlichen Lenkung unterliegt.

(vgl.: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18235/sozialismus>, Stand 22.05.2021)

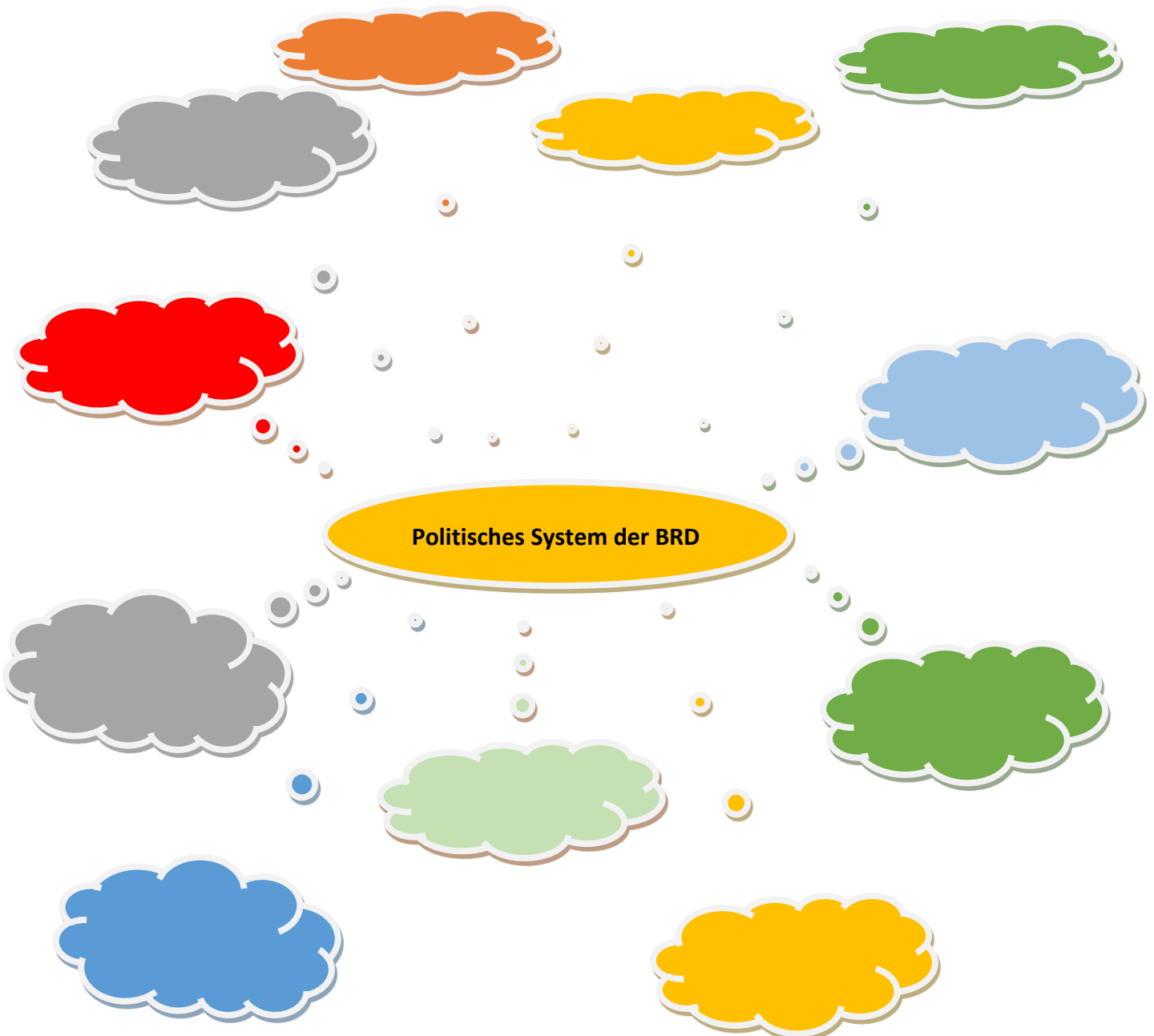


Titel:	Parteien in Deutschland: CDU und CSU (Christlich-Demokratische Union und Christlich-Soziale Union) - Arbeitsblätter
Reihe:	Arbeitsblätter zum politischen System der BRD
Bestellnummer:	36669
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese Arbeitsblätter behandeln Entwicklungsgeschichte, Programm und Statements zu CDU und CSU (Christlich-Demokratische Union und Christlich-Soziale Union). Sie sind direkt einsatzfertig und fordern die Lernenden auf, sich in Gruppenarbeit aktiv mit den Inhalten der Partei auseinander zu setzen.• Behandeln Sie bald wieder das deutsche Parteiensystem im Unterricht? Dann helfen Ihnen unsere Portfolios, Ihren Schülerinnen und Schülern die zentrale Bedeutung der Parteien zu vermitteln: Sie liefern aufbereitet alle wichtigen Informationen zu Gründungsgeschichte, Ausrichtung, Mitgliederzahlen und Umfragewerten für die wichtigsten politischen Parteien im Deutschen Bundestag.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Das politische System der BRD• Die Rolle der Parteien in Deutschland• Rollenspiel zur Parteigründung• Schwerpunkt CDU – Brainstorming und Einordnung• Die Ursprünge der CDU – Der Konservatismus• Die Geschichte der CDU• Die CDU unter Konrad Adenauer• Wähler, Wahlerfolge, Programmatik• Angela Merkel und die Pandemie• Die CDU in der Kritik• Die CDU und das Ende der Ära Merkel• Das Wahlprogramm• der CDU• Parteiprogramm – Wie gut kennen Sie sich aus?• Wichtige Informationsquellen

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff „Politisches System“ stammt aus der Politikwissenschaft und beschreibt die politischen Handlungen und Prozesse in einem Nationalstaat. Das politische System eines Staates umfasst alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, Regeln und Einrichtungen, die am politischen Geschehen in einem Staat beteiligt sind. Hierzu gehören etwa die in der Verfassung festgeschriebenen Grundlagen der Politik und die verschiedenen Organe der Regierung. Auch die politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie die Art und Weise, wie Interessen vorgebracht und durchgesetzt und die Inhalte der Politik gehören dazu.

1. Tragen Sie in das Schaubild alles ein, was Ihrer Meinung nach zum politischen System der BRD gehört.



Wir gründen eine Partei – Ein Rollenspiel

Einigen Sie sich zunächst auf zwei Themen, zu denen jeweils eine Partei gegründet werden soll.

Bilden Sie zwei Gruppen (Wähler und Parteimitglieder). Die Parteimitglieder gründen nun zwei Parteien und die Wähler bestimmen drei Pressevertreter. Finden Sie sich anschließend in den jeweiligen Gruppen zusammen. Ihre Aufgaben entnehmen Sie den Moderationskarten.

Parteimitglieder

1. Formulieren Sie jeweils ein Hauptziel und zwei Nebenziele.
2. Geben Sie Ihrer Partei einen Namen.
3. Wählen Sie einen Spitzenkandidaten.
4. Formulieren Sie ein Parteiprogramm und entwerfen Sie Werbemittel (Flyer, Wahlwerbespot, Wahlplakate etc).

Wähler

1. Formulieren Sie eigene Wünsche und Forderungen an die Parteien.
2. Überlegen Sie sich, wie Sie Ihre Wünsche artikulieren können.
(Demonstration, Einladung zu einer Gesprächsrunde etc.)

Pressevertreter

1. Beobachten Sie die verschiedenen Gruppen
2. Überbringen Sie Neuigkeiten und Forderungen, verlesen Sie Pressemitteilungen, laden Sie zum Pressegespräch etc.

Nun geht der Wahlkampf in die heiße Phase und die Parteimitglieder treffen bei ihren Wahlständen auf die Wähler, wo sie Rede und Antwort stehen müssen.

Am Wahlsonntag treffen dann die Wähler ihre Entscheidung. Nachdem die Stimmen ausgezählt sind und der Wahlsieger feststeht, berichten die Wähler im Plenum, welche Argumente ihre Wahl beeinflusst haben.

M 3 DIE GESCHICHTE DER CDU

Schon 1945 kam es in Berlin und Köln auf regionaler Ebene zur Gründung der CDU; 1950 konstituierte sie sich auch auf Bundesebene aus den unterschiedlichen regionalen Gruppen und Bewegungen.

In der Anfangsphase rekrutierte die CDU viele Mitglieder aus der ehemaligen katholischen Zentrumspartei, die während der Weimarer Republik großen politischen Einfluss hatte und in vielerlei Hinsicht als Vorläufer-Partei der CDU betrachtet werden kann. Doch die CDU unterschied sich vom Zentrum von Anfang an vor allem darin, dass sie explizit alle christlichen Konfessionen ansprechen wollte. Dadurch bot sich der CDU ein viel größeres Wählerpotenzial als der rein katholischen Zentrumspartei.

Ein Mitglied der ehemaligen Zentrumspartei, das die Anfangsjahre der CDU und der jungen Bundesrepublik maßgeblich prägen sollte, war Konrad Adenauer. Er wurde 1950 zum ersten CDU-Vorsitzenden gewählt, nachdem er 1949 bereits zum ersten Bundeskanzler Nachkriegsdeutschlands gewählt worden war. Adenauer blieb bis 1963 im Amt und installierte die sogenannte „Kanzlerdemokratie“: Er regierte als besonders machtvoller Bundeskanzler, der innerhalb der Partei und der Regierung den Takt vorgab. Im schwierigen Nachkriegsumfeld bewerkstelligte Adenauer auf diese Weise die Westintegration der jungen Bundesrepublik – also die Anbindung an die USA, seine Verbündeten und die NATO vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts. Gleichzeitig prägte sein Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die „Soziale Marktwirtschaft“, die durch ihre Mischung aus dem Prinzip des freien Marktes und sozialpolitischer Korrekturen das Wirtschaftswunder der 50er und 60er-Jahre ankurbelte.

Nach Adenauers Rücktritt im Jahr 1963 folgten bis 1969 weitere christdemokratische Regierungen unter Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger. Kritisiert wurde die CDU in diesen Jahren der Studentenproteste und der außerparlamentarischen Opposition vor allem wegen ihrer als ungenügend betrachteten Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Kiesinger selbst war ehemals NSDAP-Mitglied und im Reichsaußenministerium tätig gewesen. In den 70er-Jahren musste die CDU dann erstmals auf den Oppositionsbänken Platz nehmen; die SPD konnte 1969 mit dem charismatischen Willy Brandt den ersten sozialdemokratischen Kanzler stellen. 1974 folgte der ebenfalls sozialdemokratische Helmut Schmidt als Kanzler. Insgesamt blieb die CDU somit bis 1982 in der Opposition, als die sozialliberale Koalition zwischen SPD und FDP zerbrach und die Liberalen mit der CDU eine neue Koalition eingingen, sodass Helmut Kohl die CDU (deren Mitgliederzahl mittlerweile von 300.000 zum Ende der 60er-Jahre auf über 700.000 angewachsen war) wieder in die Regierungsverantwortung zurückführen konnte. Kohl übte das mächtigste politische Amt der Bundesrepublik bis 1998 ohne Unterbrechung aus und ist damit noch vor Adenauer „Rekord-Bundeskanzler“. In seine Kanzlerschaft fiel die deutsche Wiedervereinigung, die entgegen der Erwartung Kohls, der den ehemaligen DDR-Bürgern „blühende Landschaften“ versprach, eine große wirtschaftliche Belastung für die Bundesrepublik darstellte.

In den letzten Jahren seiner Amtszeit nahmen Arbeitslosigkeit und soziale Missstände immer mehr zu. Hinzu kamen innerparteiliche Auseinandersetzungen über seinen autoritären Führungsstil. Es lag wieder eine

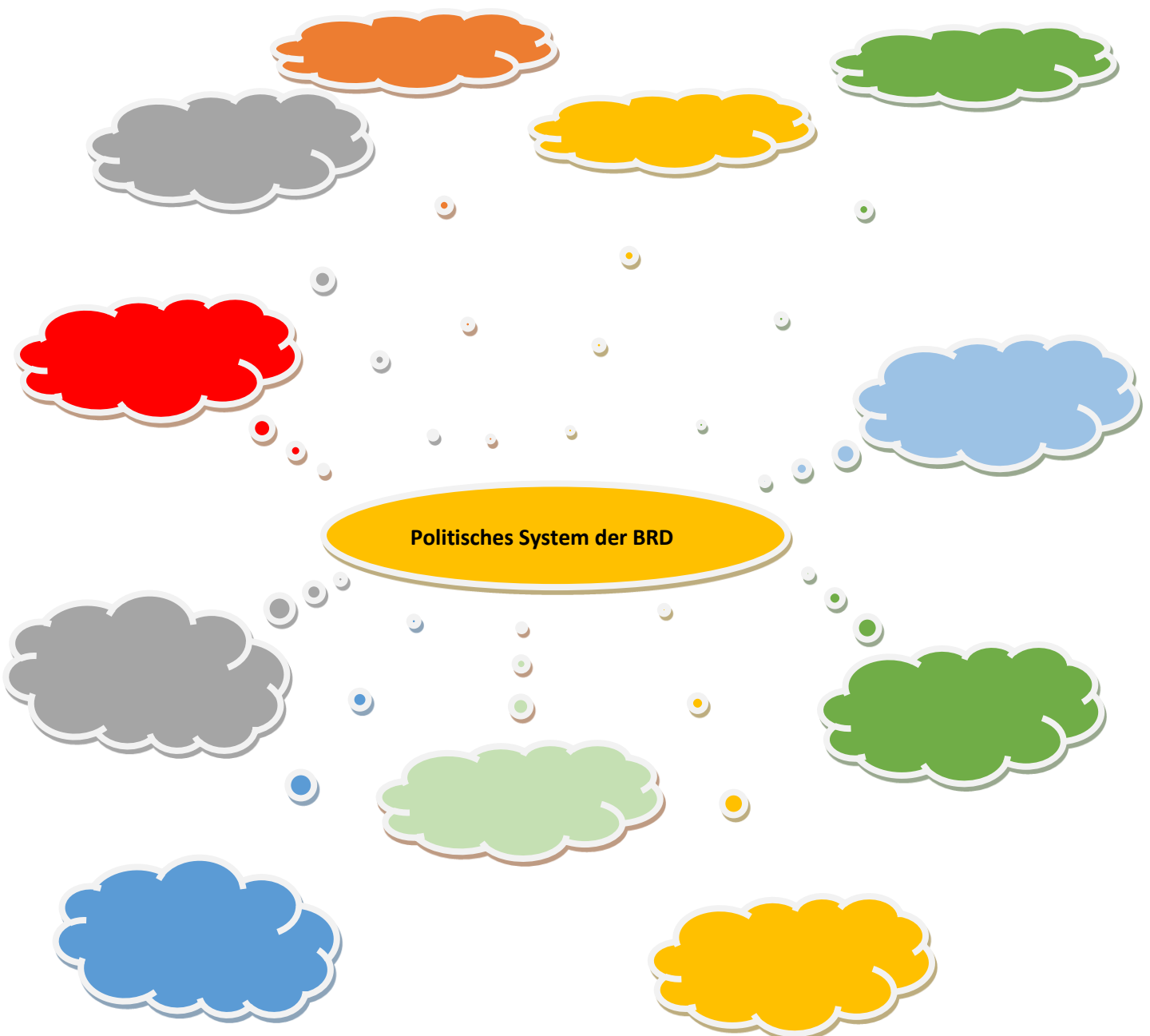


Titel:	Parteien in Deutschland: FDP (Freie Demokratische Partei) - Arbeitsblätter
Reihe:	Arbeitsblätter zum politischen System der BRD
Bestellnummer:	36655
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese Arbeitsblätter behandeln Entwicklungsgeschichte, Programm und Statements zur FDP (Freie Demokratische Partei). Sie sind direkt einsatzfertig und fordern die Lernenden auf, sich in Gruppenarbeit aktiv mit den Inhalten der Partei auseinander zu setzen.• Behandeln Sie bald wieder das deutsche Parteiensystem im Unterricht? Dann helfen Ihnen unsere Portfolios, Ihren Schülerinnen und Schülern die zentrale Bedeutung der Parteien zu vermitteln: Sie liefern aufbereitet alle wichtigen Informationen zu Gründungsgeschichte, Ausrichtung, Mitgliederzahlen und Umfragewerten für die wichtigsten politischen Parteien im Deutschen Bundestag.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Das politische System der BRD• Die Rolle der Parteien in Deutschland• Rollenspiel zur Parteigründung• Die FDP im Detail – Brainstorming und Einordnung• Die Ursprünge der FDP – Der Liberalismus• Die Geschichte der FDP• Wählerschaft, Wahlerfolge, Programmatik• Die FDP im Aufwind• Das Wahlprogramm der FDP• Parteiprogramm – Wie gut kennen Sie sich aus?• Wichtige Informationsquellen

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff „Politisches System“ stammt aus der Politikwissenschaft und beschreibt die politischen Handlungen und Prozesse in einem Nationalstaat. Das politische System eines Staates umfasst alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, Regeln und Einrichtungen, die am politischen Geschehen in einem Staat beteiligt sind. Hierzu gehören etwa die in der Verfassung festgeschriebenen Grundlagen der Politik und die verschiedenen Organe der Regierung. Auch die politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie die Art und Weise, wie Interessen vorgebracht und durchgesetzt und die Inhalte der Politik gehören dazu.

1. Tragen Sie in das Schaubild alles ein, was Ihrer Meinung nach zum politischen System der BRD gehört.



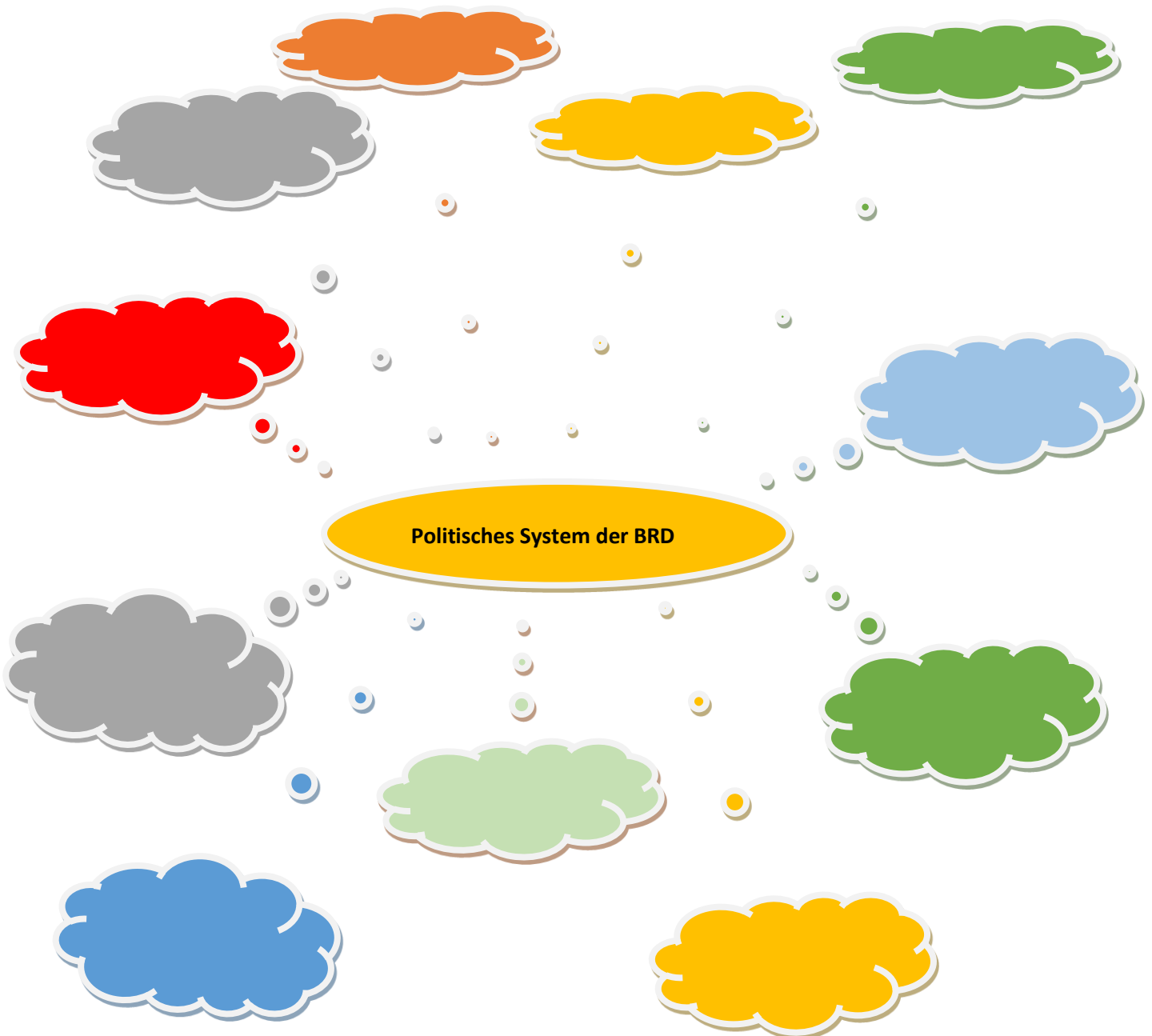


Titel:	Parteien in Deutschland: Alternative für Deutschland (AfD) - Arbeitsblätter
Reihe:	Arbeitsblätter zum politischen System der BRD
Bestellnummer:	60375
Kurzvorstellung:	<p>Diese Arbeitsblätter behandeln Entwicklungsgeschichte, Programm und Statements zur AfD (Alternative für Deutschland). Sie sind direkt einsatzfertig und fordern die Lernenden auf, sich in Gruppenarbeit aktiv mit den Inhalten der Partei auseinanderzusetzen.</p> <p>Behandeln Sie bald wieder das deutsche Parteiensystem im Unterricht? Dann helfen Ihnen unsere Portfolios, Ihren Schülerinnen und Schülern die zentrale Bedeutung der Parteien zu vermitteln: Sie liefern aufbereitet alle wichtigen Informationen zu Gründungsgeschichte, Ausrichtung, Mitgliederzahlen und Umfragewerten für die wichtigsten politischen Parteien im Deutschen Bundestag.</p>
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Das politische System der BRD• Die Rolle der Parteien in Deutschland• Rollenspiel zur Parteigründung• Schwerpunkt AfD• Populismus: Merkmale• Die Geschichte der AfD• Die AfD – Eigen- und Fremdwahrnehmung• Wählerschaft, Wahlerfolge, Programmatik• Das Wahlprogramm der AfD• Parteiprogrammatik – Wie gut kennen Sie sich aus?• Wichtige Informationsquellen

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff „Politisches System“ stammt aus der Politikwissenschaft und beschreibt die politischen Handlungen und Prozesse in einem Nationalstaat. Das politische System eines Staates umfasst alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, Regeln und Einrichtungen, die am politischen Geschehen in einem Staat beteiligt sind. Hierzu gehören etwa die in der Verfassung festgeschriebenen Grundlagen der Politik und die verschiedenen Organe der Regierung. Auch die politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie die Art und Weise, wie Interessen vorgebracht und durchgesetzt und die Inhalte der Politik gehören dazu.

1. Tragen Sie in das Schaubild alles ein, was Ihrer Meinung nach zum politischen System der BRD gehört.



4. Parteien werden oft mit verschiedenen Begrifflichkeiten versehen. Verbinden Sie die jeweiligen Eigenschaften und Begriffe mit dem Parteinamen, wenn Sie glauben, dass sie auf die Partei zutreffen.



M 2 POPULISMUS – MERKMALE

Die AfD wird immer wieder als populistische Partei bezeichnet, doch was ist damit eigentlich gemeint?

Ein Merkmal des Populismus ist die idealisierte Vorstellung eines homogenen Volkes. Wobei der Begriff *Volk* im Populismus gleich in mehrfacher Hinsicht eine Rolle spielt. Zum einen ist er identitätsstiftend und hilft dabei, ein Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Anhängern und Anhängerinnen zu schaffen und zum anderen dient er der Abgrenzung. Dem Volk wird die politische Elite gegenübergestellt, die nach Meinung der Populisten die Interessen des Volkes aus den Augen verloren hat und nur noch im eigenen Interesse handelt. Dabei wird ein Großteil der gesellschaftlichen Probleme darauf zurückgeführt, dass die etablierten Parteien nicht willens sind, die Interessen der Bevölkerung umzusetzen. Hierbei wird die Komplexität der verschiedenen Themen von den Populisten völlig außer Acht gelassen und dementsprechend werden auch nur einfache Lösungen angeboten, die zwar der politischen Realität in keiner Weise entsprechen, für viele Menschen aber eher verständlich sind als komplizierte politische Prozesse.

Als „Sprachrohr des Volkes“ dienen den Populisten meistens charismatische Persönlichkeiten, die nicht selten durch provokante Aussagen auf sich aufmerksam machen.

Eine weitere Abgrenzung und damit ebenfalls ein wichtiges Merkmal des Populismus ist die Abgrenzung gegenüber allem Fremden. Hierzu gehören ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten oder auch Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung genauso wie einzelne Länder oder staatenübergreifende Institutionen. Sie alle werden als Gefahr für die nationale Kultur angesehen und zu Feinden erklärt.

Um ihre Ideologie und ihre Inhalte erfolgreich zu vermitteln, verwenden populistische Parteien und Bewegungen verschiedene Stilformen und Argumentationsmuster. Ein wichtiges Stilmittel ist beispielsweise die Berufung auf den sogenannten *Common Sense*, also auf etwas, mit dem angeblich alle übereinstimmen. Dabei wird die individuelle Moral mit der kollektiven Moral gleichgesetzt oder anders ausgedrückt: Handlungsweisen aus dem persönlichen Bereich werden auf den öffentlichen Bereich übertragen. Auffällig ist auch die Vorliebe der Populisten für radikale Lösungen. Statt Probleme in kleinen Schritten anzugehen, fordern sie radikale Lösungen, die stark an eine ganz oder gar nicht Mentalität erinnern.

Ein weiteres Argumentationsmuster ergibt sich aus dem Schwarz-weiß-Denken der Populisten. In ihrem Weltbild gibt es eine klare Trennung zwischen dem Volk und seinen Befürwortern auf der einen Seite und dem inneren und äußeren Feind auf der anderen Seite. Daraus ergibt sich quasi zwangsläufig die Verwendung von Verschwörungstheorien und Feindbildern in der Argumentation. Populisten neigen dazu, die politischen und gesellschaftlichen Probleme zu personifizieren und auf bestimmte Personengruppen zu schieben und dies mit Verschwörungstheorien zu untermauern.

Ein Element, um Anhänger zu binden und Aufmerksamkeit zu erlangen, ist der Tabubruch. Indem Populisten provozieren, können sie sich als Außenseiter profilieren und erlangen so Glaubwürdigkeit bei ihren Anhängern. Auch die Verwendung von Gewaltmetaphern und Begriffen aus dem Tierreich, der Medizin und der Biologie findet sich häufig in der populistischen Argumentation, wobei gerade Begriffe, die an Gewalt und Krieg erinnern, dabei helfen, die geschilderte Situation zu dramatisieren. Begriffe aus dem Tierreich und der Medizin sollen wiederum das „widernatürliche“ verdeutlichen. Ein weiteres Stilmittel ist die Emotionalisierung. Hier werden vorhandene Vorurteile und Ängste bewusst geschürt, um sie gegen den vermeintlichen Feind einsetzen zu können.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Populismus durch die Berufung auf einen angeblichen Common Sense, einen Anti-Elitismus und Anti-Intellektualismus und eine Anti-Politik gekennzeichnet ist. Des Weiteren

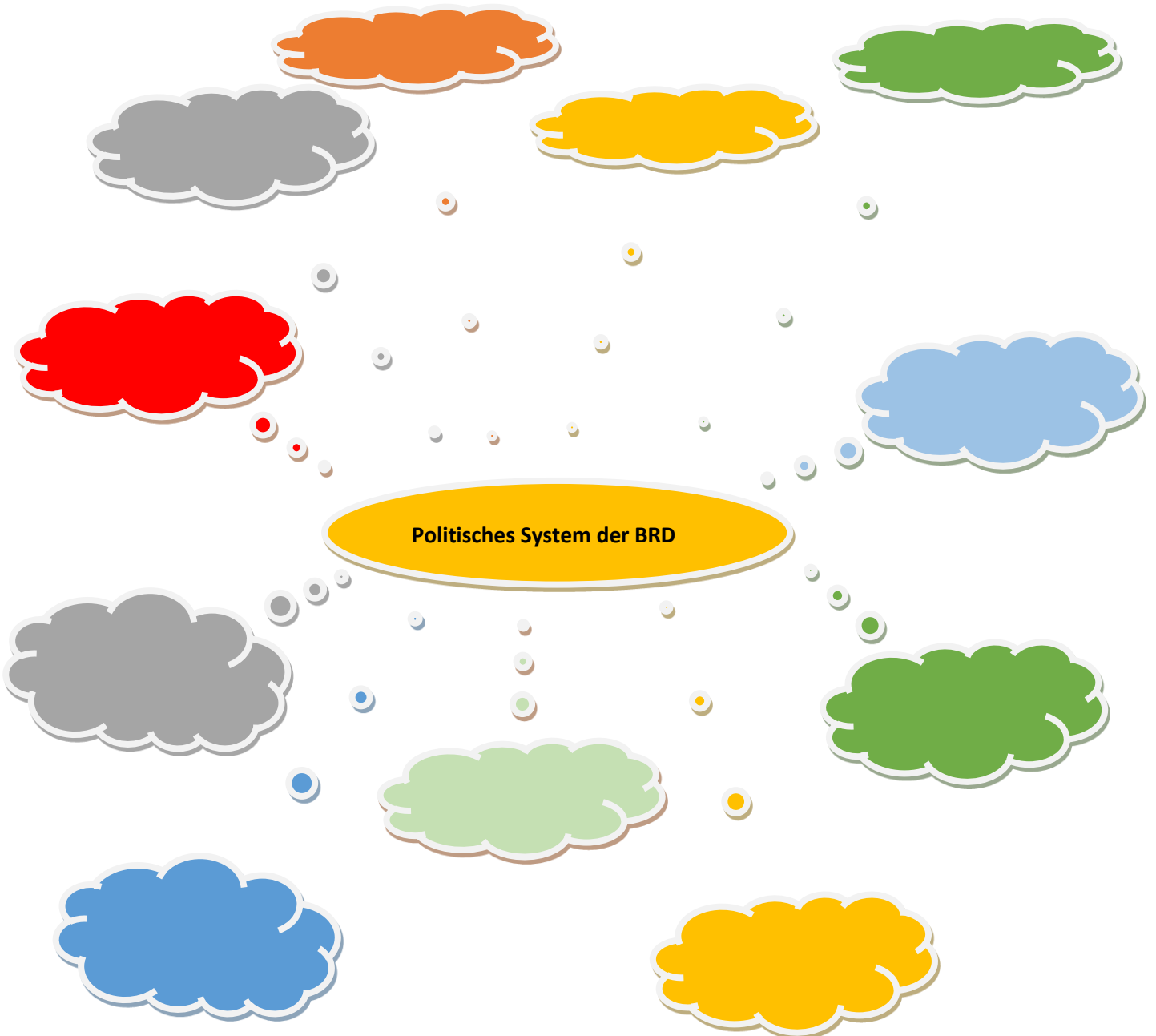


Titel:	Parteien Deutschland: Die Linke- Arbeitsblätter
Reihe:	Arbeitsblätter zum politischen System der BRD
Bestellnummer:	36666
Kurzvorstellung:	<ul style="list-style-type: none">• Diese Arbeitsblätter behandeln Entwicklungsgeschichte, Programm und Statements zur Partei Die Linke. Sie sind direkt einsatzfertig und fordern die Lernenden auf, sich in Gruppenarbeit aktiv mit den Inhalten der Partei auseinanderzusetzen.• Behandeln Sie bald wieder das deutsche Parteiensystem im Unterricht? Dann helfen Ihnen unsere Portfolios, Ihren Schülerinnen und Schülern die zentrale Bedeutung der Parteien zu vermitteln: Sie liefern aufbereitet alle wichtigen Informationen zu Gründungsgeschichte, Ausrichtung, Mitgliederzahlen und Umfragewerten für die wichtigsten politischen Parteien im Deutschen Bundestag.
Inhaltsübersicht:	<ul style="list-style-type: none">• Das politische System der BRD• Die Rolle der Parteien in Deutschland• Rollenspiel zur Parteigründung• Die Linken im Detail – Geschichte, Inhalte, Standpunkte• Parteiprogramm – Wie gut kennen Sie sich aus?• Wichtige Informationsquellen

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff „Politisches System“ stammt aus der Politikwissenschaft und beschreibt die politischen Handlungen und Prozesse in einem Nationalstaat. Das politische System eines Staates umfasst alle staatlichen und nicht-staatlichen Akteure, Regeln und Einrichtungen, die am politischen Geschehen in einem Staat beteiligt sind. Hierzu gehören etwa die in der Verfassung festgeschriebenen Grundlagen der Politik und die verschiedenen Organe der Regierung. Auch die politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie die Art und Weise, wie Interessen vorgebracht und durchgesetzt und die Inhalte der Politik gehören dazu.

1. Tragen Sie in das Schaubild alles ein, was Ihrer Meinung nach zum politischen System der BRD gehört.



Wir gründen eine Partei – Ein Rollenspiel

Einigen Sie sich zunächst auf zwei Themen, zu denen jeweils eine Partei gegründet werden soll.

Bilden Sie zwei Gruppen (Wähler und Parteimitglieder). Die Parteimitglieder gründen nun zwei Parteien und die Wähler bestimmen drei Pressevertreter. Finden Sie sich anschließend in den jeweiligen Gruppen zusammen. Ihre Aufgaben entnehmen Sie den Moderationskarten.

Parteimitglieder

1. Formulieren Sie jeweils ein Hauptziel und zwei Nebenziele.
2. Geben Sie Ihrer Partei einen Namen.
3. Wählen Sie einen Spitzenkandidaten.
4. Formulieren Sie ein Parteiprogramm und entwerfen Sie Werbemittel (Flyer, Wahlwerbespot, Wahlplakate etc.)

Wähler

1. Formulieren Sie eigene Wünsche und Forderungen an die Parteien.
2. Überlegen Sie sich, wie Sie Ihre Wünsche artikulieren können.
(Demonstration, Einladung zu einer Gesprächsrunde etc.)

Pressevertreter

1. Beobachten Sie die verschiedenen Gruppen
2. Überbringen Sie Neuigkeiten und Forderungen, verlesen Sie Pressemitteilungen, laden Sie zum Pressegespräch etc.

Nun geht der Wahlkampf in die heiße Phase und die Parteimitglieder treffen bei ihren Wahlständen auf die Wähler, wo sie Rede und Antwort stehen müssen.

Am Wahlsonntag treffen dann die Wähler ihre Entscheidung. Nachdem die Stimmen ausgezählt sind und der Wahlsieger feststeht, berichten die Wähler im Plenum, welche Argumente ihre Wahl beeinflusst haben.

M 2 DIE URSPRÜNGE DER LINKEN – KARL LIEBKNECHT, ROSA LUXEMBURG UND DIE USPD

Die Linke sieht sich selbst in der Tradition der Abspaltungen von der SPD im 19. Jahrhundert. Sie haben zunächst zur Gründung der USPD und schließlich zur Gründung der KPD geführt.

1915 formierte sich der Protest gegen den sogenannten Burgfrieden innerhalb der SPD um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die das sofortige Ende aller Kriegshandlungen forderten.

„In der Reichstagssitzung vom 4. August 1914 stimmten auch die - oft als "vaterlandslose Gesellen" bezeichneten - Sozialdemokraten bei nur zwei Enthaltungen für die dringend benötigten Kredite zur Finanzierung des drei Tage zuvor ausgebrochenen Krieges. Die ansonsten zerstrittenen Parteien schlossen einen Burgfrieden und wollten für die Dauer des Krieges ihre Auseinandersetzungen nicht mehr in die Öffentlichkeit tragen.“
(<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/erster-weltkrieg/innenpolitik/burgfrieden.html>)

Ihre politischen Ziele formulierte die Gruppe in den Spartakusbriefen. Andere Abgeordnete, die gegen die Bewilligung weiterer Kriegskredite gestimmt hatten, formierten sich um Hugo Haase. Da man die Spaltung der SPD befürchtete, wurden die betreffenden Abgeordneten 1917 aus der Partei ausgeschlossen. Sie gründeten auf einer Oppositionskonferenz 1917 unter dem Vorsitz von Haase die USPD, der sich, unter Vorbehalt auch die Mitglieder des Spartakusbundes um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anschlossen. Gemeinsame Ziele gab es in der USPD im Grunde nicht, Einigkeit bestand lediglich in der Ablehnung des Krieges und in der Kritik an der SPD.

Mit Beginn der Novemberrevolution einigen sich USPD und SPD, doch dieses Bündnis zerbricht bereits zur Jahreswende 1918 /1919 und aus dem Spartakusbund heraus bildet sich die KPD, die eine Räterediktatur nach sowjetischem Vorbild anstrebte. Als Parteiprogramm übernahm die KPD einen Artikel von Rosa Luxemburg, in dem sie sich zu den politischen Zielen des Spartakusbundes geäußert hatte. Schon wenige Tage nach der Gründung der KPD wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 verhaftet, verschleppt und schließlich ermordet.

Aufgaben

2. Recherchieren Sie unter <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1918/12/waswill.htm> die Ziele des Spartakusbundes und geben Sie sie kurz wieder.



4. Parteien werden oft mit verschiedenen Begrifflichkeiten versehen. Verbinden Sie die jeweiligen Eigenschaften und Begriffe mit dem Parteinamen, wenn Sie glauben, dass sie auf die Partei zutreffen.



M 2 DIE URSPRÜNGE DER FDP – DER LIBERALISMUS

Die FDP bezeichnet sich als liberale Partei und bezieht sich dabei in ihren Grundzügen auf die politische Theorie des Liberalismus, wie er sich im 19. Jahrhundert entwickelt hat.

Der Begriff „liberal“ geht auf das lateinische Wort „liber“ zurück und bedeutet so viel wie eine freiheitliche Gesinnung. Der Liberalismus gehört neben dem Sozialismus und dem Konservatismus zu den wichtigsten politischen Strömungen, die bis heute unser Parteiensystem beeinflussen. Im Mittelpunkt des Liberalismus steht die Freiheit des einzelnen Individuums. Er wendet sich gegen zu viel staatliche Macht, Fremdbestimmung und Eingriffe von außen, die das individuelle Leben einschränken. Dementsprechend setzt sich der Liberalismus bis heute für Meinungs- und Pressefreiheit und die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz ein. Ziel des Liberalismus im 19. Jahrhundert war es, den Einzelnen vor der Willkür des Staates zu schützen und ihm die Möglichkeit zu geben, selbst zu entscheiden, was er tun oder lassen will. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Liberalismus den Staat als solches ablehnte. Seine Funktion sollte vielmehr darin bestehen, seine Bürgerinnen und Bürger durch Gesetze zu schützen, ohne sie dabei allzu sehr einzuschränken.

Dabei sollte die Gewaltenteilung die einseitige Verteilung der staatlichen Macht verhindern. Im Kern ging der frühe Liberalismus davon aus, dass der Einzelne selbst dafür verantwortlich ist, was er aus seinem Leben macht. Dies bedeutete im Umkehrschluss aber auch, dass man die Menschen weitestgehend ihrem Schicksal überlassen hat und der Staat Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht bekämpft hat. Aufgabe des liberalen Staates war es, vielmehr, die persönliche Freiheit und das Eigentum des Einzelnen zu schützen. Adam Smith, ein führender Denker des Wirtschaftsliberalismus in der damaligen Zeit, ging davon aus, dass das eigennützige Streben der Menschen zum Wohl der gesamten Gesellschaft beitragen würde. Deshalb ist für viele Wirtschaftsliberale ein freier Wettbewerb in der Marktwirtschaft das optimale Steuerungselement der Wirtschaft. Im Zuge der Industrialisierung verarmten jedoch immer größere Teile der Bevölkerung, sodass sich der Staat gezwungen sah, mit Reformen zum Schutz der Arbeiter und gegen menschliche Ausbeutung und Ungerechtigkeit einzugreifen. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 setzte sich unter den Liberalen die Überzeugung durch, dass der freie Markt nicht nur durch staatliche Eingriffe, sondern auch durch die Bildung einseitiger Machtverhältnisse gefährdet sei. Mitte des 20. Jahrhunderts bildete sich dann der sogenannte Neoliberalismus heraus. Genauso wie der klassische Liberalismus setzt sich auch der Neoliberalismus für eine freiheitliche Marktwirtschaft mit privatem Eigentum an Produktionsmitteln, freier Preisbindung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit ein, allerdings lehnt er staatliche Eingriffe in die Wirtschaft nicht gänzlich ab. Sie sind aus Sicht des Neoliberalismus dann gerechtfertigt und notwendig, wenn sie z. B. das Marktgeschehen fördern und die Bildung von Monopolen oder Kartellen verhindern, Konjunkturschwankungen ausgleichen oder dem sozialen Ausgleich dienen.

(vgl.: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17794/liberalismus>, Stand 20.05.2021)

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Parteien in Deutschland - wofür stehen sie? - Programm,
Entwicklung, Standpunkte*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

